

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis
Freundes

Ausgabe 20

März 2014

Vergabepaxis von Schwarz-Grün gefährdet Arbeitsplätze



von Roger Podstatny

„Mit der Vergabepaxis von Schwarz-Grün sind massiv Arbeitsplätze in der stadt-eigenen VGF-Tochter ICB gefährdet. Dabei gibt es keinen Zwang zur Ausschreibung. Mit der sogenannten „In-House-Vergabe“ an die ICB hätten die Arbeitsplätze gerettet werden können,“ stellt Roger Podstatny, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer in der Frankfurter SPD fest. „Schon 2006 hat die SPD im Römer mit einem Antrag die „In-House-Vergabe“ gefordert. Die schwarz-grüne Stadtregierung vernechtet ohne Not Arbeitsplätze und kümmert sich nicht um die Nöte und Sorgen der Menschen.“

Die SPD fordert u. a. in ihrem Antrag NR 204 vom 11. November 2006:

1. Auf eine Ausschreibung Frankfurter Buslinien im Wettbewerb wird zukünftig verzichtet.

2. Die Frankfurter Buslinien werden künftig in „In-House-Vergabe“ an die VGF vergeben. Dies wurde von CDU und Grünen abgelehnt.

Die VGF-Tochter In-der-City-Bus GmbH hat die Ausschreibung für das Bus-Linienbündel verloren. Dadurch sind bei dem Busunternehmen die Arbeitsplätze von rund 140 Busfahrern und der Mitarbeiter der Buswerkstatt bedroht.

Die ICB betreibt auf dem sogenannten Bündel B im Frankfurter Westen die Buslinien 50, 53, 54, 55, 58, 59 und die Nachtbuslinien N1, N8 und N11. Ab Dezember 2014 bis ins Jahr 2022 wird das Bündel B von der DB Busverkehr Hessen bedient.

Inhalt

Vergabepaxis von Schwarz-Grün gefährdet Arbeitsplätze Seite 1

Programm „Frankfurt Stadt der Zuflucht“ weiterführen! Seite 1

Wohnungssubvention: Zweierlei Maß für Altstadt und Philosophicum Seite 2

Endlich bezahlbaren Wohnraum verwirklichen: Mietpreisbremse für das gesamte Frankfurter Stadtgebiet! Seite 3

Personalvorschläge Seite 4



Programm „Frankfurt Stadt der Zuflucht“ weiterführen!



von Eugen Emmerling

Die SPD-Fraktion im Römer hat den Magistrat aufgefordert, das seit 1997 bestehende Programm „Frankfurt - Stadt der Zuflucht“ weiterzuführen. Stadtverordneter Eugen Emmerling: „Das Hilfsprogramm für verfolgte

Autorinnen und Autoren aus Kriegsgebieten und blutigen Diktaturen ist ein weltweit beachtetes Zeichen der Buchmessestadt Frankfurt. Dass die Beteiligung Frankfurts ohne vorherige öffentliche Information oder Diskussion und ohne inhaltliche Argumentation von der schwarz-grünen Koalition im Haushalt 2014 ersatzlos gestrichen wurde, ist nicht hinzunehmen. Der Nachtragshaushalt bietet jetzt Gelegenheit, diesen Fehler zu korrigieren und das Programm fortzuführen.“

Die Frankfurter Buchmesse bringt in jedem Jahr nicht nur zahlreiche Ausstellungen und kulturelle Großveranstaltungen als Geschenke der jeweiligen Gastländer nach Frankfurt, sondern pumpt auch regelmäßig einen dreistelligen Millionenbetrag in die Frankfurter Wirtschaft. Das Programm „Frankfurt – Stadt der Zuflucht“ für verfolgte SchriftstellerInnen war der Versuch, ein wenig davon zurückzugeben. Die Stadt hat sich deshalb 2004 in einem förmlichen, bis heute ungekündigten Vertrag verpflichtet, jährlich einem verfolgten Gastautor oder einer Gastautorin eine Wohnung zur Verfügung zu stellen und deren Krankenversicherung zu übernehmen. Derzeit lebt der iranische Schriftsteller Mohammad Baharlo als Gast in Frankfurt.

Eugen Emmerling: „Das Programm „Städte der Zuflucht“ für verfolgte AutorInnen ist eines der wenigen, mit denen die Literaturstadt Frankfurt auch außerhalb der Buchmessezeit vorbildlich Weltoffenheit verdeutlicht und ihre Tradition der Solidarität mit bedrohten SchriftstellerInnen gelebt hat. In Zeiten weltweit zunehmender Verfolgung von AutorInnen und JournalistInnen würde der Ausstieg der Stadt Frankfurt ein verheerendes Signal setzen.“

Noch im Jahre 2010 hatte sich die Stadt im Glanz des Internationalen Lesefestes "Zuflucht: Literatur" gesonnt. Prominenz aus aller Welt, darunter der Präsident des internationalen PEN, und Journalisten waren angereist, und lobten die Stadt für ihr Engagement. Der Kulturdezernent bekannte sich in seiner Eröffnungsansprache dazu, dass die Buchstadt Frankfurt ihre Verpflichtung ernst nehmen wer-

de, sich auch in Zukunft für verfolgte Schriftsteller, Filmemacher und Künstler einzusetzen. Das deutsche Sprichwort „Stadtluft macht frei“, so Prof. Felix Semmelroth damals, sei gerade für Frankfurt eine dauerhafte Verpflichtung im Hinblick auf den Einsatz für verfolgte Autoren und Künstler.

Wohnungssubvention: Zweierlei Maß für Altstadt und Philosophicum – Was soll das „Goldene Dach“ auf dem Stadthaus?

von Klaus Oesterling



Die Römer-SPD hat mit Verwunderung die Ungleichbehandlung zur Kenntnis genommen, die die schwarz-grüne Römerkoalition gegenüber zwei bedeutenden Frankfurter Architekturprojekten übt. „Während sich die schwarz-grüne Koalition mit Händen und Füßen dagegen wehrt, für die Förderung genossenschaftlichen Wohnens im Philosophicum auf dem Campus-Areal zwei Millionen Euro bereitzustellen, bringen die beiden Koalitionsfraktionen jetzt einen Antrag ein, das Wohnen in der Altstadt mit bis zu 7,5 Millionen Euro zu subventionieren“ sagte dazu der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling.

„Das passt in keiner Weise zusammen“. Wenn die Koalition bereit sei, das Wohnen im Altstadtquartier zu subventionieren, obwohl von der Mieterstruktur zu erwarten sei, dass es sich in erster Linie um Besserverdienende handele, so sei nicht einzusehen, warum das genossenschaftliche Wohnen auf dem Campusgelände nicht unterstützt werde. „Die Koalition hat das Altstadtprojekt als ‚Herzensangelegenheit‘ bezeichnet, das Campus-Projekt ist es offenbar nicht“, so Oesterling.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende sprach sich weiter gegen den Vorschlag der Architekten aus, das sogenannte Stadthaus mit einem vergoldeten Dach auszustatten. Frankfurt sei immer eine Bürgerstadt gewesen, nie eine Feudalstadt. Kennzeichen der Altstadt seien zurückhaltende Schieferdächer gewesen. Die Altstadt sei der Gotik zuzuordnen und kein Barockensemble.

Endlich bezahlbaren Wohnraum verwirklichen: Mietpreisbremse für das gesamte Frankfurter Stadtgebiet!



von Oliver Strank

Es ist sehr zu begrüßen, dass der Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz Heiko Maas (SPD) nun eine Mietpreisbremse dauerhaft gesetzlich zu verankern wird. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. So steht es im Grundgesetz. Es ist deshalb der richtige Weg, Mieterhöhungen bei Neuvermietungen auf 10% der ortsüblichen Vergleichsmiete zu begrenzen!

Allerdings greift die Mietpreisbremse nur bei Gebieten mit „angespanntem Wohnungsmarkt“. Welche Gebiete dies sind, haben die Landesregierungen per Rechtsverordnung festzusetzen. Während andere Bundesländer (Berlin und Hamburg) bereits entsprechende Verordnungen erlassen haben, hat sich die hessische Landesregierung bisher – wenig verwunderlich – verweigert und nichts getan.

„Für Frankfurt besteht deshalb die Gefahr, dass die Mietpreisbremse reine Symbolpolitik bleibt!“ SPD-Landesverband und SPD-Landtagsfraktion werden daher gebeten, auf die schwarz-grüne Koalition Druck auszuüben: „Das gesamte Frankfurter Stadtgebiet muss

per Rechtsverordnung als „angespannter Wohnungsmarkt“ ausgewiesen werden!“

Skandalös sind außerdem die zahlreichen leerstehenden Wohnungen und Bürogebäude! „Dieser Missstand muss dringend per Rechtsverordnung durch die Wiedereinführung des Verbots der Wohnraumzweckentfremdung bekämpft werden!“



Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:
Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 5. April 2014:

| | |
|---|--|
| Bezirksbeirat: Ursula Busch, Roger Podstatny | Delegierte Bundesparteitag: Roger Podstatny |
| Antragsprüfungskommission: Gregor Amann, Hans Busch, Ursula Busch, Eugen Emmerling, Susanne Kassold, Jan Klingelhöfer, Arne Knudt, Klaus Oesterling, Siegward Pawlik Roger Podstatny, Birgit Puttendörfer, Petra Rossbrey, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt Oliver Strank | Delegierte Bezirks- und Landes- parteitag: Ursula Busch, Rudi Baumgärtner Eugen Emmerling, Arne Knudt, Klaus Oesterling, Siegward Pawlik, Roger Podstatny, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt, Oliver Strank |
| Präsidium: Arne Knudt, Roger Podstatny, Petra Rossbrey | |